

Egalité

Gleichheit!
Equality!
PABEHCTBO!
!مساواة
CÔNG BẰNG!

Wir – Vereine, Initiativen und ausländische Bürgerinnen und Bürger – legen höchsten Wert auf das Voranschreiten des gesellschaftlichen Integrationsprozesses in unserer Stadt Dresden. Es geht um unser Leben in Gegenwart und Zukunft, für uns und für unsere Kinder.

*Wir sind Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt, die hier leben, arbeiten, die Gesetze achten, Steuern zahlen, zum Wohl der Stadt beitragen **und doch keine Stimme haben, wenn es darum geht, die Politik der Kommunen zu bestimmen.***

*Wir fordern ein **Kommunalwahlrecht für alle ausländischen Bürgerinnen und Bürger.** Wir fordern Mitbestimmung!*

Das Erreichen dieses Ziels ist der wichtigste Schritt für eine gleichberechtigte Partizipation am gesellschaftlichen Leben in Dresden.

Bei den bevorstehenden Wahlen des Ausländerbeirates (ABR) wollen wir die Möglichkeit für eine eingeschränkte Interessenvertretung nutzen, unsere Vorstellungen, unsere Forderungen und unsere Hoffnungen dem Stadtrat durch den Ausländerbeirat mitzuteilen. Um eine Übereinstimmung zwischen Inhalt und Form dieses Gremiums stärker zu betonen, schlagen wir vor, den „**Ausländerbeirat**“ in „**Migrantenbeirat**“ umzubenennen sowie die Aufwertung des Beirates zum beschließenden Ausschuss.

Der Dresdner Ausländerbeirat hat in den vergangenen Jahren wichtige Fragen behandelt und auf den Weg gebracht. Daraus sind bedeutende Beschlüsse des Stadtrates im Interesse der ausländischen Bürgerinnen und Bürger zustande gekommen. Es sind jedoch berechtigte Forderungen der MigrantInnen auf der Strecke geblieben, auch weil sich die Stadt bisher über keine erkennbare demokratische Integrationsstrategie verfügt.

Wir wollen zusammenarbeiten, damit der neu gewählte Ausländerbeirat bei den Stadtratfraktionen, der Verwaltung und in der Öffentlichkeit stärker Gehör findet.

- Wir brauchen einen Ausländerbeirat, der grundsätzlich öffentlich arbeitet, über sein Vorhaben, Aktivitäten und seine Sitzungsprotokolle veröffentlicht. Das ist unerlässlich, damit seine WählerInnen über seine Arbeit und über die Aktivitäten, der von ihnen gewählten VertreterInnen umfassend informiert werden.
- Wir brauchen einen Ausländerbeirat, der durch enge Zusammenarbeit mit den MigrantInnen und ihren Vereinen in der Lage ist, die Frage der Integration auf eine Vorderstelle der Agenda der Stadt zu stellen.

- Wir brauchen Mitglieder des Ausländerbeirates, die über die Grenzen ihrer Ethnie, Religion oder Kulturkreis hinaus als VertreterInnen aller MigrantInnen agieren, die enge Kontakte zu den MigrantInnen über die ganze Legislaturperiode halten,
- die aktiv im ABR arbeiten, MigrantInnen regelmäßig informieren und vor Ihnen Rechenschaft ablegen,
- die sich ständig über die Probleme und Anliegen der MigrantInnen informieren und mutig die gleichberechtigten Interessen vertreten.

Wir sind überzeugt, dass Dresden mit uns eine bedeutende und große Chance hat, dies zu erreichen.

Der Charakter Dresdens als eine weltoffene Stadt der Kultur und Wissenschaft hängt im entscheidenden Maße davon ab, wie die Stadt mit MigrantInnen umgeht, wie sie deren Kompetenzen nutzt **und ihnen Zugang zur Partizipation am Arbeitsleben sowie am kulturellen und politischen Leben ermöglicht.**

Die Integration in Dresden tritt seit vielen Jahren auf der Stelle, da in dem der Dresdner Integrationskonzept vom Jahre 2004 von der Politik und der Verwaltung unberücksichtigt blieb. Integration braucht bewusste Gestaltung, braucht verbindliche Politik. Die Oberbürgermeisterin kann zum Fortschritt der Integration wesentlich beitragen, in dem sie die Integration als Chefsache behandelt.

...Von uns wird Integration als Prozess verstanden, in dem Zuwanderer zu akzeptierten Mitgliedern der Aufnahme Gesellschaft werden. Von erfolgreicher Integration kann gesprochen werden, wenn Zuwanderer am gesellschaftlichen Leben gleichrangig teilnehmen können, ihnen der Zugang zu gesellschaftlichen Positionen gleichberechtigt und ohne Diskriminierung offen steht und sich die Lebenslagen der Mitglieder der Zuwanderergruppe und der Mehrheitsbevölkerung im Durchschnitt gleichen... (Förderung politischer Integration von MigrantInnen in Sachsen. Begründungszusammenhänge und Handlungsmöglichkeiten. Norbert Cyrus, Dita Vogel)

Ohne die bewusste politische Gestaltung des Integrationsprozesses verschärfen sich die Probleme, wächst die soziale Differenzierung, werden Menschengruppen ausgegrenzt, bilden sich ethnische Kolonien, entstehen ungerechte Verhältnisse, verbreitet sich Hoffnungs- und Perspektivlosigkeit, wird die Missachtung von Menschenrechten zur Normalität. Das beeinträchtigt die Demokratie und führt zur **Desintegration. Einige Folgen der Vernachlässigung des Integrationsthemas sind z.B.:**

- **Die Arbeitslosenquote** der Ausländer (19%) ist deutlich höher als die Durchschnittsquote für die Stadt (11%) (*Statistik der Bundesagentur für Arbeit, März 2009*)
- Während die Zahl der ausländischen Bürger in Dresden innerhalb von etwa 13 Jahre um 60% gestiegen ist, stagniert bzw. sinkt die Förderung für Integrationsprojekte, (siehe Studie der AG Wissen, Denken, Handeln, 2007)
- Viele hochqualifizierte Arbeitskräfte unter MigrantInnen, z.B. Techniker, Wissenschaftler und Künstler, bleiben ohne Beschäftigung, leben von Sozialleistungen, obwohl sie durchaus

in der Lage wären, zum Wohlstand der Stadt mit der eigenen Arbeit beizutragen.

Wir brauchen einen Ausländerbeirat, der sich mit diesen Problemen beschäftigt und gemeinsam mit den Vereinen und Initiativen sowie mit Politik und Verwaltung nach Lösungen sucht.

Wir wünschen uns, dass die Zusammensetzung des Ausländerbeirates den Nationalitäten, Kulturen, Kompetenzen und sozialen und politischen Erfahrungen der ausländischen Bürger entspricht. Vom neuen Ausländerbeirat erwarten wir, dass er sich intensiv mit folgenden Bereichen beschäftigt:

- *Arbeit und Soziales*
- *Bildung und Kultur*
- *Asylpolitik*
- *Politische Partizipation*

Der neue Ausländerbeirat soll sich dafür einsetzen, dass das Integrationskonzept konsequent umgesetzt wird.

Der Ausländerbeirat soll sich dafür einsetzen, dass die der Integration dienlichen kulturellen, politischen und sozialen Aktivitäten der Vereine und Initiativen von der Stadt stärker ideell und finanziell unterstützt werden.

Der Ausländerbeirat soll sich für die Schaffung von Projekten und Programmen einsetzen, die dem Abbau der hohen Arbeitslosigkeit der Ausländer helfen.

Der Ausländerbeirat soll sich für die interkulturelle Öffnung der Stadtverwaltung und politischen Institutionen weiter einsetzen.

Unser Wahlprogramm:

Für eine demokratische Integrationspolitik!

Gleiche Rechte für die Migranten!

Für einen kompetenten und repräsentativen Ausländerbeirat!

Integrationspolitik konkret!

Arbeit und Soziales

1. Die für die Migranten besonders relevanten Stellen mit Migranten zu besetzen
2. Verbesserung und Öffnung der Sprachförderung für weitere Gruppen von Migranten, die

als Hauptvoraussetzung für den Einstieg in den Arbeitsmarkt gilt

3. Mehrsprachige Information für Migranten
4. Fördermaßnahmen im Bereich der Existenzgründungen
5. Anerkennung von Berufsabschlüssen (zügige Bearbeitung der Anerkennungsverfahren und

- Initiierung von Maßnahmen zur Umqualifizierung)
6. Förderung interkultureller Öffnung und Beseitigung jeglicher Diskriminierung innerhalb der Stadtverwaltung
 7. keine Gettoisierung! Verhinderung von Konzentration in Bezug auf die Wohnsituation
 8. Einrichtung eines Antidiskriminierungsbüros in Dresden
 9. Ausreichende finanzielle Ausstattung eines umfassenden Beratungs- und Betreuungsangebotes für MigrantInnen
 10. Die Förderpolitik für Beratungs-, Kultur- und Jugendarbeit der Integrationsvereine muss sich nach den realen Bedarf der wachsenden Zahl von Menschen mit Migrationshintergrund richten.

Bildung

1. Gleichberechtigung beim Zugang zu Schule und Hochschule als Voraussetzung für die Integration
2. Förderung des Kindergartenbesuches durch Aufklärung der ausländischen Eltern über die Bedeutung des Kindergartens für die Integration
3. Sensibilisierung der Kinder für Toleranz und Akzeptanz anderer Kulturen (für alle Bildungsebenen)
4. Förderung des Erwerbs der deutschen Sprache bei Erhaltung der Muttersprache
5. Interkulturelle Erziehung als allgemeinen Bildungsauftrag anerkennen und Förderung der Aus- und Weiterbildung des Lehrpersonals hinsichtlich interkultureller Kompetenzen
6. Stärkung des Ergänzungsunterrichts für MigrantInnen
7. Koordinierung und Verstärkung der Zusammenarbeit zwischen Schule, sozialen Behörden, Agenturen für Arbeit, MigrantenInnenvertretungen usw.
8. Ausbildungsplätze für ausländische Schüler sichern
9. Schaffung von Ausbildungsplätzen für MigrantInnen im öffentlichen Dienst
10. Programme von Volkshochschulen und anderen Bildungsträgern gezielt auf den konkreten Bedarf zur Förderung der Integration zu-

schneiden

Kultur

1. Förderung des Dialogs der Kulturen und Religionen durch die Beteiligung von MigrantInnen an den kulturpolitischen Strukturen, Entscheidungsgremien und Netzwerken
2. Es müssen Bedingungen geschaffen werden, die es ermöglichen, dass die Kulturpolitik einen Beitrag zur Integration leistet. Dazu ist eine interkulturelle Ausrichtung der Kulturpolitik erforderlich
3. Förderung eines vielfältigen demokratischen Vereinslebens; Ausrichtung von Wettbewerben auf Landes- und Kommunalebene bzw. zwischen den Vereinen zur Förderung integrativer Aktivitäten
4. Berücksichtigung der Bedürfnisse von Religionsgemeinschaften in der Kommune
5. Erhöhung der finanzielle Zuwendungen für Vereine und Initiativen, die einen wesentlichen Beitrag zur Integration leisten

Asylpolitik

1. Arbeitserlaubnis für Asylbewerber
2. Leistungen nach SGB §12 für alle Asylbewerber
3. Abschaffung der Residenzpflicht
4. Dezentrale Unterbringung statt Heime
5. Sprachkurse und Berufsausbildung
6. Integrationsmaßnahmen für langjährig hier lebende
7. Entbürokratisierung des Zugangs zur medizinische Versorgung

Politische Partizipation

1. Kommunales Wahlrecht für alle hier lebenden Ausländer
2. Förderung von Programmen der politischen Bildung für die Migranten
3. Aufwertung des Ausländerbeirates zum beschließenden Ausschuss
4. Einbeziehung von Migrantenvertreter in die Ausschüsse des Stadtrates